
Mats Franzén

Der Bau des Folkhems. Wohnungsbaupolitik in Schweden 1940–1980

Im Jahr 1940 ging der Wohnungsbau, der 1939 einen Höhepunkt erreicht hatte, stark zurück. Obwohl Schweden nicht am Krieg beteiligt war, beeinflusste dieser den Wohnungsbau. Dieser Entwicklung wollte man mit Hilfe einer Reihe staatlicher Eingriffe begegnen. Deren Erfolg zeigte sich daran, daß die Produktion bei Kriegsende das Niveau des Jahres 1939 nahezu wieder erreichte.¹ Die allgemeine schwedische Wohnungsbaupolitik der Nachkriegszeit begann also in den Jahren 1941/1942, nicht erst mit dem Reichstagsbeschluß von 1946,² auch nicht erst mit den Beschlüssen der folgenden Jahre, die die Politik eigentlich nur noch konsolidierten und kodifizierten. Im wesentlichen wurde das, was ursprünglich als Krisenprogramm gegolten hatte, in der späteren Wohnungsbaupolitik und der Sozialpolitik festgeschrieben.³

Die folgende Darstellung konzentriert sich erstens auf die Analyse der „formativen Periode“ in den frühen Kriegsjahren und zweitens auf die Voraussetzungen und Folgen des „Millionenprogramms“ in den Jahren 1965-1974, womit das Ziel verfolgt wurde, in zehn Jahren eine Million neue Wohnungen zu bauen.

1. Das „formative Moment“

Die Untersuchung der „formativen Periode“ oder „formativen Konstellation“⁴ der frühen vierziger Jahre liefert den Schlüssel zum Verständnis der späteren schwedischen Wohnungsbaupolitik.⁵ Das „formative Moment“ war durch eine spezifische Kombination von vier Umständen gekennzeichnet: Erstens fehlte eine staatliche Wohnungsbaupolitik, so daß diejenigen, die eine dezidierte Wohnungsbaupolitik formulieren wollten, sich weniger an allgemeinen Vorgaben orientieren mußten.⁶ Zweitens gab es einen nicht regulierten Markt, der nicht befriedigend funktionierte. Dies verstärkte – drittens – die Legitimität der neuen Politik. Viertens waren die Neuerer fähig, eine konsequente Wohnungsbaupolitik zu formulieren und die richtige Gelegenheit zu ergreifen, um ihr Programm zu realisieren.

Die Gelegenheit bot sich angesichts der Wohnungsnot zu Beginn des Krieges. Der Ausschuß für sozialen Wohnungsbau (*Bostadsociala*

utredning, im folgenden Bauausschuß, abgekürzt BA genannt), lieferte die nötige Expertise. Der BA war 1932, im Jahr nach dem sozialdemokratischen Wahlsieg und dem Krisenabkommen mit dem *Bondeförbund* (Bauernverband und -partei), gebildet worden. Mitglieder des BA waren Gunnar Myrdal und Uno Åhrén, die durch eigene Initiativen u.a. im Wohnungsbauausschuß in Göteborg hervorgetreten waren.⁷ Hinzu kamen Sven Wallander, der Leiter der in der Zwischenkriegszeit so erfolgreichen genossenschaftlichen Wohnungsbaugesellschaft HSB (*Hyresgästernas Sparkasse och Byggnadsförening*), die 1923 gegründet worden war, sowie die Bauunternehmer Olle Enkvist, Bertil Nyström und Sigurd Westholm. Das Amt des Schriftführers übernahm der wohnungspolitisch engagierte Volkswirtschaftler Alf Johansson. In diesem Gremium war also sowohl praktische als auch theoretische Kompetenz vorhanden, wobei der Schwerpunkt auf Volkswirtschaft und Architektur lag. Gleichzeitig war auch politische Kompetenz vertreten; mehrere Mitglieder des BA hatten eine herausragende Stellung in der sozialdemokratischen Bewegung. Der Auftrag des Bauausschusses war zweifacher Art: Zunächst sollte er vergleichsweise unmittelbare Maßnahmen vorschlagen, was er in den dreißiger Jahren auch tat. Dann sollte er sich der Frage einer planmäßigen Wohnungsbaupolitik auf lange Sicht widmen. Damit begann er 1939.⁸ Als die richtige Gelegenheit kam, nutzte er seine Chance.

Ein wichtiges Element der „formativen Konstellation“ war das Fehlen einer wirklichen staatlichen Wohnungsbaupolitik.⁹ Zwar waren Teile der vom BA vorgeschlagenen Maßnahmen schon im Krieg umgesetzt worden, wie z.B. besondere Darlehen für Häuser für kinderreiche Familien, die als „Myrdalbuden“ bezeichnet wurden, sowie für Eigenheime in den ländlichen Gegenden und für Rentnerwohnungen.¹⁰ Starke öffentliche Organe waren aber nicht geschaffen worden. Auf dem schwedischen Wohnungsbaumarkt existierten überdies mit Ausnahme des HSB keine starken Organisationen. Der HSB gehörte zum Interessenvertretungskomplex um die Sozialdemokratische Partei.¹¹ In prinzipiellen und praktischen Fragen der Gestaltung modernen Wohnens war er ein Pionier, der die Wohnungsbaupolitik der vierziger Jahre vorwegnahm.

Der schwedische Wohnungsbaumarkt war weitestgehend unreguliert, was sich auf die Wohnverhältnisse vermutlich noch ungünstiger auswirkte als in den meisten westeuropäischen Ländern, zumindest bis 1939.¹² Statistiken über die Struktur des Wohnungsbestandes in den größeren Orten zeigen, daß um 1940 17 Prozent der insgesamt 1.016.298 Wohnungen bloß aus einem Raum bestanden. Dabei handelte es sich um Zimmer ohne Kochgelegenheit oder um Küchen, in denen auch gewohnt wurde („Wohnküchen“). 60 Prozent aller Wohnungen waren Ein- oder Zweizimmer-

wohnungen mit Küche (32 respektive 28 Prozent). Drei Viertel aller Wohnungen waren also kleiner als eine Dreizimmerwohnung. In den Großstädten und im Norden des Landes war der Anteil kleinerer Wohnungen besonders hoch.¹³

Im allgemeinen waren die Wohnungen schlecht eingerichtet. In den größeren Orten (Stockholm ausgenommen¹⁴) hatten ein Fünftel der Wohnungen kein fließendes Wasser und keinen Abfluß für das Abwasser, jede zweite Wohnung hatte keine Zentralheizung, und in drei von fünf Wohnungen war kein Wasserklosett vorhanden.¹⁵

Nach der Norm des BA lagen beengte Wohnverhältnisse vor, wenn mehr als zwei Personen in einem Zimmer wohnten, die Küche nicht eingerechnet. Obwohl die Wohnverhältnisse etwas weniger beengt waren als um die Jahrhundertwende, traf dies 1939 noch auf 20,7 Prozent der Stockholmer Haushalte und auf 24,4 Prozent der Haushalte in den anderen größeren Orten zu. Beengt waren die Verhältnisse am häufigsten in den Wohnungen der Arbeiter sowie in kleineren Wohnungen im allgemeinen.¹⁶ In Stockholm war die Situation besser, weil die Haushalte kleiner und die Kinderzahl geringer war; die Stockholmer hatten sich seit längerem den gegebenen Wohnverhältnissen besser angepaßt. Die Zahl der Untermieter war geringer als früher. Innerhalb der Arbeiterklasse hatte sich eine besondere Norm der Familienwohnung durchgesetzt: Man wohnte in einer Einzimmerwohnung, aber ohne Untermieter; der einzelne hatte zwar kein eigenes Zimmer, aber doch ein eigenes Bett.¹⁷ Diese Wohnverhältnisse wurden in den dreißiger und vierziger Jahren nicht nur als ein wohnungspolitisches, sondern auch als ein bevölkerungspolitisches Problem betrachtet.¹⁸

Als der Krieg ausbrach, entstand eine politisch schwierige und unberechenbare Situation, die sich für die künftige Wohnungsbaupolitik als entscheidend erweisen sollte. Der Staat und die Koalitionsregierung waren sich der Situation auf dem Wohnungsmarkt bewußt und bereit einzugreifen, denn die Geschehnisse während des Ersten Weltkriegs sollten sich nicht wiederholen. Daß der Wohnungsbau zurückgehen würde, stand bereits im Dezember 1939 fest. Die Zahl der künftigen Haushaltsgründungen ließ sich indessen nur schwer schätzen. Der Bauausschuß, dem konkrete Zahlen fehlten, prognostizierte für die nahe Zukunft eine akute Wohnungsnot. Die Bauunternehmen, Kreditinstitute und viele Gemeinden beurteilten die Lage und Entwicklung indessen als günstiger.¹⁹ Die Wohnungsreserve war noch relativ hoch (2,7 Prozent).²⁰

Damals begann das, was man später als einen wohnungsbaupolitischen Lernprozeß interpretierte, in dem der BA eine wichtige Rolle spielte. Die Mitglieder des BA beteiligten sich in verschiedener Weise an Untersu-

chungen, die aufgrund der Krisensituation angeregt worden waren. 1942 schritt man zu einer allgemeinen Wohnungsbaupolitik.

Eine Maßnahme, die sich einfach und rasch umsetzen ließ, war die Mietpreisregulierung. Die Kontrolle der Mieten konnte indessen längerfristig nur dann Erfolg haben, wenn neue Wohnungen zu niedrigen Kosten und mit modernem Standard gebaut wurden. Investitionen der Bauindustrie wurden als wichtig erachtet, um die Arbeitslosigkeit zu begrenzen und die Wohnungsnot zu bekämpfen. Nach einigem Experimentieren mit staatlichen Finanzierungskonzepten fand man schließlich die geeigneten Instrumente für die Lösung der Wohnungsfrage in Form von Wohnungskrediten, staatlichen Garantien für das Zinsniveau der Hypotheken und Zusatzkredite. Im gemeinnützigen Wohnungsbau konnten bis zu 95 Prozent, im privaten bis zu 90 Prozent der Baukosten durch staatliche Darlehen finanziert werden. Die Kreditnehmer mußten sich strikt an die Anforderungen an die Qualität der Wohnungen halten, die Normen über Ausstattung und Raumeinteilung beachten und rationell bauen. Darüber wachte das Wohnungskreditinstitut. Diese Politik galt für alle, da sie, wie der Bauausschuß formulierte, „nicht nur auf gewisse Kategorien des Wohnungsbedarfs, sondern im Prinzip auf die ganze und in der Praxis auf größere Teile des Wohnungsbaus ausgerichtet war.“²¹

Programm und Organisation

Bis 1942 waren die Instrumente und Methoden der Wohnungsbaupolitik im Kern ausgebildet. Dazu gehörten die Mietpreisregelung und staatliche Kredite für den Neubau in Verbindung mit Anforderungen an die Qualität und die Kosten. Diese Politik galt für alle Formen des Bauens.²² Sie berücksichtigte den Wohnungsbedarf der gesamten Bevölkerung. Das bedeutete aber auch, daß es schwierig war, ohne staatliche Unterstützung zu bauen.²³

Der vom Bauausschuß gleich direkt nach dem Krieg vorgelegte Entwurf zur künftigen Wohnungsbaupolitik berücksichtigte und systematisierte die bisherigen Erfahrungen und Methoden. Neu war der Vorschlag, kommunale, nicht gewinnorientierte Wohnungsbauunternehmen einzusetzen, die ihre modernen Mietwohnungen zur Verfügung zu stellen hatten. Die kommunalen Wohnungsbauunternehmen sollten Anleihen in der Höhe von bis zu 100 Prozent der Baukosten erhalten, Wohnungsgenossenschaften bis zu 95 Prozent und private Bauherren bis zu 85 Prozent. Von den gemeinnützigen Unternehmen wurde eine Rationalisierung, d.h. die Verbilligung sowohl des Wohnungsbaus als auch der Verwaltung durch Serienproduktion, erwartet.²⁴ Die privaten Interessen wurden auf diese

Weise aus der Verwaltung herausgehalten, spielten jedoch beim Bau von Wohnungen weiterhin eine wichtige Rolle. Neu war auch das Familienwohngeld, das Familien mit Kindern modernes Wohnen ohne beengte Verhältnisse ermöglichen sollte. Ein Anrecht auf Wohngeld hatte nur, wer in einer entsprechenden Wohnung lebte.²⁵ Hier zeigte sich das Bestreben, die Wohngewohnheiten zu verändern und das Ideal der „Einzimmerwohnung als Familienwohnung“ zu verdrängen.

Wenngleich die neue Wohnungsbaupolitik klassenindifferent war, so war sie offensichtlich selektiv in ihrer Ausrichtung auf Heim und Familie.²⁶ Das Familienwohngeld kam in erster Linie den Arbeitern zugute.²⁷ Besonders die Sozialdemokraten betrachteten es als ein wichtiges Instrument der Bevölkerungspolitik.²⁸ Die Lösung des Wohnungsproblems für Alleinstehende sah man darin, daß kleinere Wohnungen des älteren Wohnungsbestandes Einzelpersonen angeboten wurden. Der Vorschlag des BA, die älteren Bauten durchgehend zu sanieren,²⁹ wurde jedoch nicht umgesetzt.³⁰

Die neue Wohnungsbaupolitik bedurfte einer besonderen Organisation. Die Bedeutung dieser Organisation für die Politik war zweifellos ganz erheblich, doch ist diese Frage bis heute eine Art blinder Fleck in der schwedischen Forschung.³¹ Die neue Organisation wurde geschaffen, um die politischen Vorstellungen in die Tat umzusetzen. Die Umwandlung der „Wohnungsbankreditanstalt“ in den „Wohnungsbauaufsichtsrat“ im Jahre 1948 war ein wichtiger Schritt zur Stabilisierung der neuen Wohnungsbaupolitik. Mit Hilfe der Wohnungsbauausschüsse der Verwaltungsbezirke und in Zusammenarbeit mit den Gemeinden sollte die Politik umgesetzt werden. Die Wohnungsbauausschüsse der Verwaltungsbezirke waren in zweifacher Hinsicht von Bedeutung: Sie trugen dazu bei, daß der Staat die lokalen Bedürfnisse und Probleme erkennen und berücksichtigen konnte, und sie steigerten die Flexibilität der Politik. Weil die Wohnungsfrage letztlich vor Ort gelöst werden mußte, war der Kontakt mit den Gemeinden von größter Bedeutung.

Die Organisation verschärfte einerseits die Überwachung, förderte andererseits aber auch das gegenseitige Verständnis und die Zusammenarbeit. Der Wohnungsbauaufsichtsrat war keine Bürokratie im Weberschen Sinne, sondern vielmehr eine handlungsfähige und sensible Agentur, die Eigeninitiative entfalten konnte, um Politik zu realisieren. In dieser Organisation wurden Fachwissen, vielseitige Kompetenz und der Wille zur Umsetzung der Politik gebündelt. Der erste Generaldirektor des Wohnungsbauaufsichtsrates war Alf Johansson, der Schriftführer des BA. Die Zusammenarbeit mit den Kommunen wurde zu einem entscheidenden Faktor für die Konkretisierung und Realisierung der Politik. Aufgrund

der lokalen Besonderheiten und der Einstellung der kommunalen Entscheidungsträger zur sozialen Wohnungsbaupolitik kam es trotzdem zu erheblichen Unterschieden, worauf hier nicht näher eingegangen werden soll.³²

Die Ziele, die für die Wohnungsbaupolitik gesteckt wurden, mögen, von heute aus betrachtet, bescheiden erscheinen. Wenn man indessen die damaligen Wohnverhältnisse berücksichtigt, fällt das Urteil günstiger aus. Das Ziel war, den Wohnungsmangel – d.h. das Wohnen in beengten Wohnverhältnissen – bis zum Jahr 1960 zu beseitigen und gleichzeitig den Wohnstandard zu erhöhen. Die Miete für eine Zweizimmerwohnung sollte nicht mehr als zwanzig Prozent eines Industriearbeiterlohns betragen.³³ Da die soziale Wohnungsbaupolitik indessen gleichzeitig mit wirtschafts- und konjunkturpolitischen Zielstellungen verbunden wurde, bestand die Gefahr, daß es zu Zielkonflikten kam.

Die gesellschaftspolitische Vision: Das moderne Folkhem

So bescheiden die Ziele der Wohnungsbaupolitik zunächst erscheinen mochten, so wichtig waren sie für die Gesellschaftspolitik, denn das Wohnen bekam einen zentralen Stellenwert in der schwedischen Vision des Folkhems. Die Idee des Folkhems war ursprünglich um 1900 von konservativen Kräften formuliert worden, die mit dem Motto „Schweden als ein Heim des Volkes“ den Klassenkampffarolen der Arbeiterbewegung eine programmatische Alternative entgegenstellen wollten. Die Sozialdemokraten, die 1928 den im Zeichen des Klassenkampfes geführten Wahlkampf verloren hatten, übernahmen um 1930 die Idee und gaben ihr eine andere Bedeutung. Mit Hilfe der Vision des Folkhems kamen sie 1932 wieder an die Macht.³⁴ Die Folkhemspolitik wurde in der Folge zu einem wichtigen Bestandteil des Krisenabkommens mit den Bauern bzw. dem *Bondeförbundet*. Das Folkhem wurde vor allem in den dreißiger und vierziger Jahren mit Hilfe diverser sozialpolitischer Maßnahmen ausgebaut.³⁵ Es war gleichzeitig immer auch eine Vision, nämlich das Versprechen und die Hoffnung auf eine Gesellschaft, „die keine Privilegierten und keine Benachteiligten, keine Hätschelkinder und keine Stiefkinder kannte“,³⁶ d.h. eine von breiten Bevölkerungsschichten getragene „bürgerliche Gesellschaft“.³⁷

Diese moderne, demokratisch-egalitäre Folkhemsvision wurde in den vierziger Jahren mit Vorstellungen einer zunächst elitären, modernistischen Architektur und Stadtplanung kombiniert. Während der Modernismus in Deutschland in der Krise der dreißiger Jahre und später von den Nationalsozialisten zum Sündenbock gemacht wurde,³⁸ wurde er in Schwe-

den als ein Mittel und eine Vision betrachtet, womit sich die Krise bewältigen und die Zukunft gestalten ließ. Dies war auch die Botschaft der „Stockholmer Ausstellung“ von 1930.³⁹ Der ‘internationale’ Funktionalismus war ein Konzept, das den Bau und die Bereitstellung von modernen und billigen Wohnungen für das Volk versprach,⁴⁰ die Phantasie beflügelte und das Interesse der Wohnungsbaupolitiker auf sich zog. Die Kombination von Folkhem und Funktionalismus prägte die in den vierziger und fünfziger Jahren gebauten Wohngebiete, die eine Mischung von modernistischem Folkhem und einem nationalen, sanfteren Funktionalismus in Form der Nachbarschaftseinheit darstellten. Dieses Plaanungsideal nahm während des Krieges im Kreis von (meist sozialdemokratischen) Experten sowie des Bauausschusses Form an.⁴¹ Es ging nicht nur darum, Wohnungen zu bauen, sondern diese auch mit entsprechenden Dienstleistungseinrichtungen zu versehen, nämlich mit Schulen und Kindergärten, Spielplätzen und Versammlungslokalen, Geschäften und – nach und nach – Parkplätzen. Hier sollte die Familie ihr gutes privates und öffentliches Zuhause erhalten. Durch den Bau des Folkhem sollten die Ziele der Bevölkerungspolitik und der Demokratie in spezifischer Weise verknüpft werden.⁴²

In den vierziger Jahren begann man besonders in den größeren und mittelgroßen Städten, Nachbarschaftseinheiten zu bauen.⁴³ Diese Wohngebiete wurden zu den sichtbaren Monumenten des Folkhems, das sie his heute symbolisch verkörpern. Häufig wurden sie, und zwar nicht nur in sozialdemokratisch regierten Gemeinden, als Beweis dafür gebaut, daß die neue Ordnung besser war als die alte.

2. Vor dem Millionenprogramm. Die Situation zu Beginn der sechziger Jahre

Die Möglichkeiten für die geschilderte Art der Wohnungsplanung wurden mit der neuen Wohnungspolitik, die sowohl den Wohnungsbau in größeren Gebieten förderte als auch den Gemeinden mehr Einfluß einräumte, deutlich besser. Aber das reicht kaum aus, um die hohe Bedeutung, die diese Form des Wohnungsbaus bekam, zu erklären. Paradoxiere Weise wurde diese Form auch nie in einem staatlichen Regelwerk kodifiziert. Wichtig war, daß die Form des Wohnungsbaus unter den Architekten zum Common sense wurde – und daß diese nicht nur in der Gestaltung der Wohnungen, sondern auch in der übergreifenden Planung und der staatlichen Organisation des Wohnungsbaus eine starke Stellung erhielten. Zwei weitere Aspekte müssen dieser Erklärung hinzugefügt werden. Da ist zum einen die starke wirtschaftliche Expansion der schwedi-

schon Wirtschaft direkt nach dem Krieg zu nennen, die für einen besseren Zugang zu den nötigen Ressourcen sorgte; zum anderen die Tatsache, daß der Wohnungsbau in dieser Form durch eine Reihe staatlicher Maßnahmen gefördert wurde. Nicht zu unterschätzen ist ferner die neue Bauverordnung von 1947, die den Einfluß der Kommunen stärkte und Bestimmungen über die Bereitstellung von Dienstleistungen für die Wohngebiete (Geschäfte, Versammlungsräume, Spielplätze und Schulen) enthielt.⁴⁴

Die Zielrichtung der Politik wurde dadurch gestärkt, daß die Mitglieder der staatlichen Ausschüsse, die die Entwicklungen beobachteten und bewerteten, aus demselben Kreis stammten wie die Mitglieder des Bauausschusses; Åhrén beteiligte sich an nahezu allen Enquêtes. Überdies standen die Ergebnisse und Zielsetzungen dieser Arbeiten im Einklang mit dem Nachkriegsprogramm der Arbeiterbewegung.⁴⁵ Daß die Politik so konsequent war und die verschiedenen Beschlüsse sich nicht widersprachen, sondern aufeinander aufbauten, kann also zum Teil dadurch erklärt werden, daß sie von einem kleinen Personenkreis und in relativ kurzer Zeit nach Kriegsende formuliert wurden. Positiv wirkte sich ferner aus, daß die Politik nicht mit starken Kapitalinteressen in Konflikt geriet – wenngleich sie bei den Konservativen und Liberalen bisweilen auf erheblichen Widerstand stieß.⁴⁶ Sie war zwar gegen die privaten Immobilienbesitzer gerichtet, doch diese waren in der Regel keine bedeutende politische Kraft. Für die privaten Bauunternehmen schuf die Wohnungsbaupolitik einen wichtigen und relativ stabilen Arbeitsmarkt.

Bis zur Mitte der sechziger Jahre blieb die soziale Wohnungsbaupolitik relativ stabil. Kleine Mieterhöhungen waren innerhalb des Rahmens der Mietpreisregulierung möglich, und die Bausubventionen wurden langfristig gesenkt.⁴⁷ In den fünfzehn Jahren seit Kriegsende wurden eine Million Wohnungen gebaut. 1960 waren 39 Prozent aller Wohnungen nicht älter als zwanzig Jahre.⁴⁸

Direkte Vergleiche zwischen den Jahren 1939 und 1960 lassen sich nur schwer ziehen, besser möglich sind Vergleiche zwischen 1945, als erstmals eine nationale Erhebung durchgeführt wurde, und 1960. Dabei sollten wir allerdings nicht vergessen, daß ein großer Teil der Wohnungen schon während des Krieges gebaut worden war, womit der Bestand modernisiert und der Anteil kleinerer Wohnungen reduziert worden war. 1945 war der Wohnungsbesitz noch stark durch das Privateigentum geprägt; während des Krieges wurden viele Wohnungen in der Regie von Genossenschaften und Privaten gebaut.⁴⁹

Tabelle 1 zeigt die Veränderungen nach Größe und Zusammensetzung des Wohnungsbestandes zwischen 1945 und 1960. Der Nettozuwachs an

Wohnungen betrug wegen des Abrisses älterer, häufig heruntergekomener Häuser, in erster Linie jedoch aufgrund der Urbanisierungstendenz (Wohnungen auf dem Land wurden verlassen, viele wurden jedoch als Wochenend- oder Sommerhäuser benutzt) weniger als eine Million.⁵⁰ Der Anteil der Zweizimmerwohnungen blieb nahezu konstant, derjenige der Kleinstwohnungen sank, während der Anteil der größeren deutlich stieg. Im Wohnungsbau der vierziger Jahre dominierte die Zweizimmerwohnung, in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre dagegen die Dreizimmerwohnung. Dabei war der Prozentsatz der Wohnungen, die nicht über staatliche Anleihen finanziert wurden gering und wies eine abnehmende Tendenz auf. Bloß fünf Prozent wurden während der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre rein privat finanziert.⁵¹ Der Anteil der modernen Wohnungen am gesamten Bestand nahm deutlich zu, aber auch in den sechziger Jahren gab es, besonders auf dem Land, zahlreiche ältere, schlecht ausgestattete Wohnungen. Drei von zehn Wohnungen hatten beispielsweise kein eigenes WC, ein Zehntel hatte kein fließendes Wasser und keine Abwasserentsorgung. Andererseits verfügten drei Viertel der Wohnungen über Zentralheizung; Bad oder Dusche gab es in ungefähr jeder zweiten Wohnung.⁵²

Tabelle 1: Wohnungsbestand in Schweden nach Größenklassen und Siedlungstypen 1945–1980 (in Prozent)⁵³

Absolut		Zimmer					
		1	1	2	3	4	5
(in 1000)							
Insgesamt							
1945	2102	12	26	31	16	8	7
1960	2675	9	18	32	23	11	8
1980	3670	6	9	23	25	18	19
Größere Orte							
1945	1357	15	28	30	14	6	6
1960	1999	11	19	31	22	10	6
1980	3130	6	10	24	25	17	18
Ländliche Gebiete							
1945	745	7	20	32	20	11	10
1960	676	2	13	32	27	15	9
1980	539	2	4	15	25	26	28

Die meisten Wohnungen waren in privatem Besitz. Nur fünf Prozent waren 1945 in öffentlichem Besitz und weitere acht Prozent Eigentum gemeinnütziger Stiftungen. Der Anteil der letzteren nahm nach 1945 deutlich zu, und der genossenschaftliche Anteil verdoppelte sich auf mehr als elf Prozent. 75 Prozent der Wohnungen waren auch 1960 noch in privatem Besitz. Selbst wenn man die Einfamilienhäuser aus der Berechnung ausschließt, zeigt es sich, daß 58 Prozent der Wohnungen Privateigentum waren.⁵⁴

Die Belegungsdichte nahm nach dem Krieg deutlich ab, aber es gab auch 1960 noch Schweden, die in beengten Wohnungsverhältnissen (im Sinne der Norm des BA) lebten. Dies war bei acht Prozent aller Haushalte bzw. 13 Prozent aller Wohnenden der Fall. In beengten Wohnverhältnissen lebten 1960 mehr Familien mit einem Kind als Familien mit zwei Kindern.⁵⁵ Das heißt, daß viele in einer Einzimmerwohnung wohnten, wenn sie ihr erstes Kind bekamen. Dann versuchten sie jedoch, in eine größere Wohnung umzuziehen. Die Vermittlungsstellen bevorzugten bei der Vergabe von Wohnungen Familien mit Kindern. Das quasi-normative Muster, daß Arbeiterfamilien bloß eine Einzimmerwohnung hatten, war nicht mehr gültig. Gleichzeitig nahm die Zahl der Untermieter ab. Auch wenn es immer noch ungewöhnlich war, daß junge Menschen und Unverheiratete eine eigene Wohnung hatten, so wissen wir doch, daß die Zahl der Haushaltsgründungen zunahm. 1960 bestanden zwei Drittel aller Haushalte aus verheirateten Paaren, von denen gut die Hälfte Kinder hatten.⁵⁶

Der neuen Wohnungspolitik war es auf diese Weise gelungen, die Qualität des Wohnens in mancherlei Hinsicht zu verbessern.⁵⁷ In quantitativer Beziehung war das Programm des Bauausschusses indessen noch nicht realisiert. Auch 1960 wohnten viele noch in beengten Wohnverhältnissen. Dieses Defizit war dadurch begründet, daß der Wohnungsbau als ein wichtiges konjunkturpolitisches Mittel betrachtet wurde; in den Jahren der wirtschaftlichen Expansion um 1950 wurde der Wohnungsbau gebremst, um die Inflationstendenzen zu dämpfen.⁵⁸

Das Millionenprogramm

Anfang der sechziger Jahre verschärfte sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt. Die Wartelisten bei den kommunalen Wohnungsämtern wurden länger. Besonders in den Großstädten und den expandierenden Regionen zeigte es sich, daß der Bedarf stieg, da der Zug in die Stadt stärker war als erwartet. Überdies war es nicht gelungen, den Wohnungsbau in angemessener Weise über das ganze Land zu verteilen. Nun wurde die Wohnungs-

frage immer mehr zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion. In einer Gesellschaft, in der die Konsumansprüche und der Wohlstand stiegen und sich die Auffassung verbreitete, daß der Wohlfahrtsstaat keine vorübergehende Erscheinung sei, nahmen auch die Ansprüche an das Wohnen zu.

Die politische Antwort auf die veränderte Situation war das sogenannte Millionenprogramm, das übrigens erst im nachhinein diese Bezeichnung erhielt. Das Ziel war, zehn Jahre lang (1965-1974) jährlich 100.000 Wohnungen zu bauen.⁵⁹ Gleichzeitig sollten die Qualitätsstandards erhöht werden; die Untersuchung, die dem Programm zugrundelag, hatte den Titel „Verbesserter Wohnstandard“. Die Norm für „beengte Wohnverhältnisse“ wurde angehoben: Als „beengt“ galt nun schon, wenn zwei Personen auf ein Zimmer entfielen, Küche und Wohnzimmer nicht eingerechnet. Gemäß der alten Norm lebten fünf Prozent der Haushalte in beengten Wohnverhältnissen, gemäß der neuen waren es 25 Prozent.⁶⁰ Vor allem wollte man größere Wohnungen bauen und die künftige Nachfrage befriedigen. Vorstellbar war nun auch eine Steigerung des Einfamilienhausanteils am gesamten Wohnungsbestand. Die Bedeutung der Bebauungsdichte wurde neu bestimmt, da man genügend Raum für die Einrichtung von Dienstleistungen schaffen wollte. Schließlich sollte der Wohnungsbau mehr als früher in die expandierenden Regionen, besonders nach Stockholm, verlagert werden.⁶¹

Um diese zum größten Teil quantitativen Ziele zu erreichen, wurden sowohl neue politische Mittel eingesetzt, als auch ältere und erprobte verstärkt angewendet. Die Kontinuität zur Politik der vierziger Jahre war wichtig und wurde auch immer wieder betont. Man hatte in der Nachkriegszeit viele Erfahrungen gesammelt. Für die erfolgreiche Realisierung der „Maßnahmen zur Förderung der Planungs- und Bautätigkeit“, womit man in einem Land mit rund acht Millionen Einwohnern im Lauf von zehn Jahren eine Million Wohnungen bauen wollte, bedurfte es jetzt einer einschneidenden Rationalisierung des Wohnungsbaus.⁶² Die Rationalisierung wurde als Schlüssel zum „Millionenprogramm“ betrachtet, und sie wurde es dann auch.⁶³

Im Vergleich zu früher heiß man nun leichter und rascher Mieterhöhlungen zu, besonders in älteren Häusern. Auf längere Sicht wollte man die Mietpreisregulierung abschaffen und Vergleichsmieten einführen, die mit den Vertretern der Mieter und mit Rücksicht auf das Gemeinwohl ausgehandelt und festgelegt wurden. Außerdem versuchte man ein neues Finanzierungssystem einzuführen, nämlich den paritätischen Kredit. Dieses komplizierte System diente dazu, die Kapitalkosten zeitlich anders zu verteilen und die neugebauten Wohnungen zu entlasten. Nach einigen Jah-

ren stellte man indessen das Scheitern dieses Modells fest und man kehrte zu den traditionellen Formen zurück.⁶⁴

Das „Millionenprogramm“ verlangte eine maximale Kraftanstrengung, um Erfolg zu haben; dessen waren sich die Politiker bewußt. Die Zusammenarbeit zwischen kommunalem Planungsapparat, staatlicher Wohnungsbehörde, Bauherren und Bauunternehmern mußte reibungslos funktionieren. Man konnte jedoch auf den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte aufbauen. In der Kette Staat-Kommune-Bauherr-Bauunternehmen gewannen die Bauunternehmen größere Bedeutung. Sie waren es, die letzten Endes den Wohnungsbau rationalisieren sollten. Die gesamte Organisation mußte ihnen das erleichtern. Dazu gehörte, daß sie die Gestaltung der Wohnungen und Häuser nicht bis ins Detail vorbestimmte und große Bauvorhaben begünstigte. Die Wohnungsbauunternehmer strebten danach, die Aufträge als Generalunternehmer zu übernehmen. Seit 1966 wurden Versuche unterstützt, den Wohnungsbau verstärkt zu rationalisieren, wofür spezifische Bedingungen galten: maximal 10.000 Wohnungen pro Jahr; mindestens 1.000 Wohnungen pro Projekt, strenge Variationsbeschränkung, Ausschreibung für Generalunternehmer, geringer Arbeitskräftebedarf.⁶⁵ Das „Millionenprogramm“ verfolgte ein quantitatives Ziel.

Ergebnisse des Millionenprogramms

Über das „Millionenprogramm“ ist vieles gesagt worden. Am bemerkenswertesten ist jedoch, daß es geglückt ist. Die konkreten Ergebnisse können wie folgt zusammengefaßt werden: Während eines Zeitraums von zehn Jahren wurden eine Million Wohnungen gebaut, unabhängig vom Konjunkturzyklus. Abgesehen von einem kleineren Einbruch im Jahre 1966, in der Einleitungsphase des Programms, stieg der Wohnungsbau stetig bis zum Rekordniveau von 110.000 gebauten Wohnungen im Jahre 1970, d.h. 14 Wohnungen pro 1.000 Einwohner. Darauf ging die Intensität etwas zurück, deutlich jedoch erst in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre.⁶⁶ Das „Millionenprogramm“ bildete den Höhepunkt der Wohnungsbaupolitik zwischen 1940 und 1980.

Das Programm glückte auch in anderer Hinsicht: kurz nach dem Rekordjahr 1970 war zum erstenmal nach sehr langer Zeit ein Überschuß an Neubauwohnungen vorhanden.⁶⁷ Zwar gab es weiterhin „beengte Wohnverhältnisse“ (gemäß der neuen Norm), aber deutlich weniger als je zuvor. Nur noch jeder zwölfte Haushalt von Familien mit Kindern und vier Prozent aller Haushalte lebten in „beengten Wohnverhältnissen“.⁶⁸ Das waren im Vergleich zu 1965, als ein Viertel aller Haushalte davon betroffen gewesen war, Ausnahmereischeinungen. Die hohe Belegungsdichte

war nicht mehr länger auf den Mangel an größeren Wohnungen zurückzuführen, sondern war ein Verteilungsproblem. Der Abschluß des „Millionenprogramms“ im Jahre 1974 bedeutete, daß sich die Wohnstandards in mancher Hinsicht verbessert hatten. Am besten läßt sich das zeigen, wenn wir den Zeitraum von 1960 bis 1980 betrachten.

Was hat die soziale Wohnungsbaupolitik in dieser Periode geleistet? Sehr viel, müßte die Antwort lauten, denn mehr als 90 Prozent aller Wohnungen wurden mit staatlichen Anleihen finanziert.⁶⁹ Der Wohnungsbestand entwickelte sich in dieselbe Richtung wie früher (Tabelle 1). Der Anteil der Wohnungen in den größeren Orten nahm zu, während der Anteil auf dem Land, nunmehr auch als „dünn besiedelte Gebiete“ (*glesbygd*) bezeichnet, weiter abnahm, was mit der stetigen und kräftigen Urbanisierung bis Anfang der siebziger Jahre zusammenhing. Der Nettozuwachs an Wohnungen betrug rund eine Million; ungefähr 1,7 Millionen Wohnungen wurden neu gebaut, 700.000 Wohnungen wurden infolge Wegzugs breiter Bevölkerungsschichten verlassen oder abgerissen. Besonders in den sechziger Jahren wurde relativ viel alter Wohnraum zerstört.⁷⁰

Der Anteil der größeren Wohnungen nahm zu. Während der Anteil der Zweizimmerwohnungen und kleinerer Wohnungen von 59 Prozent auf 38 Prozent fiel, stieg der Anteil der Vierzimmerwohnungen oder größerer Wohnungen von 19 Prozent auf 37 Prozent. Größtenteils wurden jetzt Wohnungen mit mehr als drei Zimmern gebaut. Fast alle Wohnungen (93 Prozent) hatten einen modernen Standard und waren mit Badezimmer ausgestattet. Die Tatsache, daß 1980 lediglich jede fünfte Wohnung aus der Vorkriegszeit stammte, in den Städten der entsprechende Anteil noch niedriger war, kann als Indikator für die Modernität der Wohnungen und die gesellschaftliche Bedeutung der schwedischen Wohnungsbaupolitik dienen.⁷¹ Ältere billigere Wohnungen waren nach dem „Millionenprogramm“ endgültig Mangelware.

Der Anteil des Privateigentums am Wohnungsbestand nahm von 75 Prozent im Jahr 1960 auf 60 Prozent im Jahr 1980 ab. Der Anteil der gemeinnützigen Organisationen dagegen stieg von acht auf 19 Prozent. Der Anteil der Eigentumswohnungen (*bostadsrätt*) nahm etwas weniger stark zu (von elf auf 16 Prozent). Wenn wir lediglich die Mehrfamilienhäuser in Betracht ziehen, wird deutlich, daß das private Wohnungseigentum an Bedeutung verlor, indem der entsprechende Anteil von 58 Prozent auf 33 Prozent sank. Das Privateigentum an Mietshäusern war weiterhin häufig bei älteren Häusern, die vor dem Krieg gebaut worden waren.⁷² Von nahezu 3,7 Millionen Wohnungen waren gut 1,6 Millionen Einfamilienhäuser.⁷³ Von 8,1 Millionen Menschen wohnten nun 4,6 Millionen in Einfamilienhäusern,⁷⁴ davon machten Familien mit Kindern die

große Mehrheit aus.⁷⁵

Mit dem „Millionenprogramm“ wurden die wohnungspolitischen Ziele in quantitativer Hinsicht erfüllt. Die Wohnungsbaupolitik war nun jedoch sehr schnell und unerwartet, auf mehreren Ebenen mit entscheidenden qualitativen Problemen konfrontiert. Die Erfüllung einer Vision und langgehegter Wünsche führte nicht nur zu Zufriedenheit, sondern auch zu Kritik und neuen Ansprüchen.

3. Ausblick: Krise und Wirkungen des „Millionenprogramms“

Genauso schnell wie unerwartet, nicht zuletzt für die Verantwortlichen der sozialen Wohnungsbaupolitik, wurde das „Millionenprogramm“ in Frage gestellt. Daß die Wende so schnell kam, hing mit der Koinzidenz mehrerer Ereignisse auf dem Höhepunkt des „Millionenprogramms“ um 1970 zusammen, die den Eindruck entstehen ließ, daß man an einem Wendepunkt und am Ende der sozialen Wohnungsbaupolitik stehe. Einerseits bestand zum erstenmal seit dem Beginn der Wohnungsbaupolitik ein Überschuß an Wohnungen und war der lange Wirtschaftsboom der Nachkriegszeit gestoppt. Andererseits gerieten die Wohngebiete des „Millionenprogramms“ in einer Stadt nach der anderen ins Kreuzfeuer der Kritiker, die sich schon 1968 anlässlich der Einweihung des Zentrums in Skärholmen in Stockholm erstmals in aller Deutlichkeit äußerten. Die Kritik war vielseitig, lief jedoch darauf hinaus, daß diese Gebiete durch ihre Größe und Eintönigkeit die Menschen einsam und passiv machen würden.⁷⁶ Mit der Krise des „Millionenprogramms“ wurde die ganze soziale Wohnungsbaupolitik in Frage gestellt.

Die Wende in der sozialen Wohnungsbaupolitik bedeutete, daß in dem Moment, in dem das Wohnungsproblem der Arbeiterklasse gelöst war – die Wohnungsnot und die Wohnungsenge waren beseitigt – die Wohnungsfrage der Mittelklasse, die die Wohnung als Mittel zur sozialen und kulturellen Abgrenzung betrachtete, ins Zentrum rückte. Über Nacht stand die soziale Wohnungsbaupolitik vor neuen Anforderungen.

Eine Veränderung der sozialen Wohnungsbaupolitik war bereits zu Beginn der siebziger Jahre spürbar. Während der Bau von Eigentumswohnungen und Einfamilienhäusern absolut und relativ anstieg, ging der Wohnungsbau insgesamt von Jahr zu Jahr zurück.⁷⁷ Diese Verschiebung in der Ausrichtung des Wohnungsbaus war kaum beabsichtigt, auch wenn die große Nachfrage nach einem eigenen Zuhause seit dem Beschluß über das „Millionenprogramm“ bekannt war.⁷⁸ Nachdem in den sechziger Jahren die kleinen Leute auf dem Land wegrationalisiert worden waren, wurden die Mittelklassen zu einer wichtigen Basis für die Sozialdemokra-

tie.⁷⁹ Die Politik mußte auf die veränderten Gegebenheiten reagieren. Zum großen Teil vollzog sich der Wechsel mit Hilfe von vorhandenen wohnungspolitischen Mitteln. Der Anteil der mit staatlichen Anleihen gebauten Wohnungen nahm zunächst leicht ab, um dann seit 1975 wieder zuzunehmen.⁸⁰ Die soziale Wohnungsbaupolitik blieb eigentümlicherweise einigermaßen intakt, sie wurde jedoch stärker auf die Nachfrage der Mittelklassen ausgerichtet. Diese zog dann aber, als der Wohnungsmangel behoben war, in größerem Umfang aus den Wohngebieten des „Millionenprogrammes“, die während der siebziger Jahre immer häufiger mit sozialen Problemen in Verbindung gebracht wurden, weg. In kürzester Zeit wurden die Neubaugebiete mit ihren modernen Wohnungen zur schlechtesten Adresse der Stadt. Die klassenmäßige Segregation des Wohnens, die seit der Einführung der sozialen Wohnungsbaupolitik abgenommen hatte, nahm nun wieder zu.⁸¹

Die Umsetzung des „Millionenprogramms“ versetzte gleichzeitig dem Folkhemsgedanken, der Vision einer Gesellschaft ohne Hätschelkinder und Benachteiligte, den Todesstoß. Zum gleichen Zeitpunkt, als die Wohnungsprobleme der Arbeiterklasse gelöst worden waren, setzte die Wohnsegregation ein. Die typischen Wohngebiete der vierziger und fünfziger Jahre hatten mit ihrem 'nationalen Funktionalismus' den Fortschritt und die Würde des Menschen symbolisiert; die häufig 'brutale' Architektur des „Millionenprogramms“ dagegen galt nun als Ausdruck des Gegenteils, als Ort der sozial Benachteiligten. Sowohl das Erwünschte als auch das Unerwünschte verkörperte sich symbolisch in Häusern und Wohngebieten.⁸²

Das „Millionenprogramm“ hatte weder die Organisation noch die Mittel der sozialen Wohnungsbaupolitik verändert. Die soziale Wohnungsbaupolitik bestand auch fort, nachdem es beendet war. Der staatliche Untersuchungsausschuß konnte aber über die Probleme, insbesondere die Segregation und die schlechte Umgehung, nicht hinwegsehen. Deshalb wurden neue Ziele für die soziale Wohnungsbaupolitik formuliert: Die Struktur der Haushalte in den Wohngebieten sollte richtig gemischt werden, die Bewohner sollten ein Mitbestimmungsrecht bekommen und ein besseres Wohnumfeld war anzustreben.⁸³

Trotzdem verloren die Wohnungsbaupolitiker die Kontrolle über die Entwicklung. Obwohl der Wohnungsbau während der siebziger Jahre zurückging, kosteten die Subventionen den Staat aus verschiedenen Gründen immer mehr Geld. Die in erster Linie für die Mittelklassen gebauten Wohnungen wurden immer größer und aufwendiger. Als die Mieten zu steigen begannen, nahmen die Kosten für das Wohngeld drastisch zu. Infolge des herrschenden Steuersystems und der starken Inflation nahmen

die Steuerabzüge für das Wohnen rasch zu.⁸⁴ Nicht die soziale Wohnungsbaupolitik bestimmte die weitere Entwicklung, sondern die Nachfrage der Mittelklassen. Die Segregation nahm nach 1974 weiter zu. Dies war teilweise eine Folge des Beschlusses, die Preise für Wohnungen mit Dauerwohnrecht freizugeben, was rasch dazu führte, daß die Bevölkerung der Innenstädte sich bevorzugt aus den gehobenen Gesellschaftsschichten rekrutierte. Die Preisregulierung war 1942 zusammen mit der Mietpreisregelung eingeführt worden, und sie wurde jetzt zusammen mit letzterer abgeschafft.⁸⁵ Dies führte zu unvorhersehbaren Ergebnissen, als das Steuersystem der Inflation angepaßt wurde, denn auf einmal war es von Vorteil, die Wohnung zu besitzen.⁸⁶ Trotzdem bestand die soziale Wohnungsbaupolitik im Prinzip bis Ende der achtziger Jahre fort.⁸⁷

Ausdruck der Stärke der sozialen Wohnungsbaupolitik, wie sie sich während der Kriegsjahre herausgebildet hatte, waren sowohl die Beständigkeit der Organisation als auch der konsequente Gebrauch der Mittel. Der Wohnungsbauaufsichtsrat bestand bis 1988, die starke Dominanz staatlicher Anleihen im sozialen Wohnungsbau noch einige Jahre länger. Doch man hatte bereits in dem Moment die Kontrolle verloren, als die Wohnungsbaupolitik programmatisch und praktisch am stärksten zu sein schien, nämlich auf dem Höhepunkt des „Millionenprogramms“.

(Aus dem Schwedischen übersetzt von Silke Neunsinger. Bearbeitet von Hannes Siegrist.)

- 1 Slutbetänkande avgivet av bostadssociala utredningen. Del 1, SOU 1945: 63, Diagramm 2.
- 2 Dies die normale Datierung; vgl. etwa G. Esping-Andersen, *Politics against markets. The socialdemocratic road to power*. Princeton NJ 1985, S. 180f.; M. Niva, *Bostad, politik och marknad. En jämförande studie av bostadspolitikerna i efterkrigstidens Sverige och Finland*, Stockholm 1989, S. 150, 152. Eine ähnliche Interpretation vertritt T. Strömberg, *Wohnungsbaupolitik in Schweden 1914-1990*, in: G. Schulz (Hrsg.), *Wohnungsbaupolitik im Sozialstaat*, Düsseldorf 1993, S. 319f.
- 3 S. E. Olsson, *Social policy and welfare state in Sweden*, Arkiv, Lund 1990, 111. Olsson (vgl. ebenda, S. 116, 139f.) und Esping-Andersen gehören zu den wenigen sozialpolitisch interessierten Forschern, die ebenfalls die Wohnungsbaupolitik behandeln. Dazu: M. Harloe, *The People's Home? Social rented housing in Europe & America*, Oxford 1995, S. 11f., 535; G. Schulz, *Perspektiven europäischer Wohnungsbaupolitik 1918 bis 1960*, in: *Wohnungsbaupolitik im Sozialstaat* (Anm. 2), S. 32.
- 4 Der Begriff „formatives Moment“, der hier mit „formative Periode“ oder „formative Konstellation“ übersetzt wird, stammt von B. Rothstein, *Den korporativa staten*, Stockholm 1992. Rothstein geht nicht auf die Wohnungsbaupolitik ein.
- 5 Strömberg behauptet dasselbe. In den meisten westeuropäischen Ländern wurde die generelle Wohnungsbaupolitik früher als in Schweden durch eine residuale ersetzt.
- 6 Über die Kontinuität als Normalfall vgl. Harloe, *The People's Home?* (Anm. 3), S. 76;

- Schulz, Wohnungsbaupolitik im Sozialstaat (Anm. 2), S. 15f.
- 7 E. Rudberg, Uno Åhrén en förgångsman inom 1900-talets arkitektur och samhällsplanering, Stockholm 1981, S. 79f.
 - 8 SOU 1945: 63, S. 3ff.
 - 9 Am Ende des Ersten Weltkrieges war eine beträchtliche Wohnungsnot entstanden, die auch in Schweden zu einer Reihe staatlicher und kommunaler Krisenlösungen geführt hatte; dies waren jedoch Notlösungen von unregelmäßiger und vorübergehender Art. Zu Beginn der zwanziger Jahre verschwanden sie ganz. Niva, Bostad, politik och marknad (Anm. 2), S. 72ff.; Strömberg, S. 149ff.; SOU 1945: 63, S. 25-42.
 - 10 SOU 1945: 63, S. 79ff., 97-109, 125ff.
 - 11 G. Olofsson, Mellan klass och stat, Lund 1979; L. Gustafsson, HSB under femtio år, Stockholm 1974.
 - 12 Jedoch nicht in Finnland; vgl. Niva, Bostad, politik och marknad (Anm. 2), S. 108f. (bezieht sich jedoch auf die Situation 1945-50).
 - 13 SOU 1945:63, Tabelle 4.
 - 14 Angaben für 1939 fehlen für Stockholm, die Wohnungen waren dort etwas neuer und moderner.
 - 15 SOU 1945: 63, S. 275.
 - 16 SOU 1945: 63, S. 283-8.
 - 17 Vgl. A. und G. Myrdal, Kris i befolkningsfrågan, Stockholm 1935, S. 149ff.; B. Åkerman, Familjen som växte ur sitt hem, Stockholm 1941, S. 29ff.
 - 18 Siehe A. und G. Myrdal, Kris i befolkningsfrågan (Anm. 17), insbes. S. 148-175; A.-K. Hatje, Befolkningsfrågan och välfärden, Stockholm 1974, S. 9.
 - 19 SOU 1945: 63, S. 175f.
 - 20 Slutbetänkande avgivet av den bostadssociala utredningen. Del II, SOU 1947: 26, S. 171.
 - 21 SOU 1945: 63, S. 173-4, 182-200.
 - 22 Vgl. den Unterschied mass housing/residual housing bei Harloe, The People's Home? (Anm. 3), S. 70ff. Die schwedische Politik war doch breiter konzipiert als die gewöhnliche mass housing-Produktion (häufig als sozialer Wohnungsbau bezeichnet); vgl. H. Häußermann und W. Siebel, Das Ende des goldenen Zeitalters im Sozialen Wohnungsbau, in: J. Bärsch/J. Brech (Hrsg.), Das Ende der Normalität im Wohnungs- und Städtebau?, Frankfurt a.M./Darmstadt 1993, S. 11f.
 - 23 Vgl. Niva, Bostad, politik och marknad (Anm. 2), S. 152, einschließlich Diagramm 14.
 - 24 Strömberg, S. 311f., SOU 1945: 63, S. 525ff.
 - 25 Hatje, Befolkningsfrågan (Anm. 18), S. 218, SOU 1945: 63, S. 398f., 563ff.
 - 26 T. Soidre-Brink, Det goda boendet - vision och illusion, in: S. E. Olsson/G. Therborn (Hrsg.), Vi möter verklighet, Stockholm 1991, S. 99f.
 - 27 Hier handelte der Reichstag entgegen dem Beschluß des BA. Niva, Bostad, politik och marknad (Anm. 2), S. 152, Anm. 3.
 - 28 SOU 1945: 63, z.B. S. 349, Soidre-Brink, Det goda boendet (Anm. 26), S. 92ff, 97ff.
 - 29 SOU 1947: 26.
 - 30 Gävle und Göteborg waren die wichtigsten Ausnahmen.
 - 31 Es fehlen Untersuchungen zur Praxis der Organisation. Siehe jedoch Niva, Bostad, politik och marknad (Anm. 2), S. 178ff., wie die Organisation formal gedacht war, einschließlich SOU 1947: 26, Avdelning II, besonders S. 348ff., 410ff. für die Art der Aufgaben.

- 32 Siehe T. Strömbergs Beitrag in diesem Band.
- 33 SOU 1945: 63, S. 366ff., 399ff., 413ff., 434ff.
- 34 B. Schüllerqvist, *Från kosackval till kohandel. SAP:s väg till makten (1928-33)*, Stockholm 1992.
- 35 Esping-Andersen, *Politics against markets* (Anm. 2), S. 86ff., einschließlich ders. „Jämlikhet, effektivitet och makt. Socialdemokratisk välfärdspolitik“, in: *Misgeld/Molin/Åmark* (Hrsg.), *Socialdemokratin samhälle*, Stockholm 1989, S. 226ff.
- 36 P. A. Hansson, *Från Fram till Folkhemmet*, hrsg. von A. L. Berklind, Solna 1982, S. 227.
- 37 Die „bürgerliche Gesellschaft“ wurde somit von den breiten Bevölkerungsschichten, nicht von einem exklusiven „Bürgertum“, getragen. Vgl. H. Siegrist, *Ende der Bürgerlichkeit? Die Kategorien „Bürgertum“ und „Bürgerlichkeit“ in der westdeutschen Gesellschaft und Geschichtswissenschaft der Nachkriegsperiode*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 20 (1994) 4, S. 553f.
- 38 D. J. K. Peukert, *Die Welmarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne*, Frankfurt a.M. 1987.
- 39 *Über die Stockholmer Ausstellung 1930*, P. Råberg, *Funktionalistiskt genombrott*, Stockholm 1970.
- 40 So kann auch Die Wohnung für das Existenzminimum (hrsg. v. Internationalen Kongreß für neues Bauen und städtisches Hochbauamt in Frankfurt am Main 1930) verstanden werden.
- 41 M. Franzén/E. Sandstedt, *Grannskap och stadsplanering*, Stockholm 1981, Kap. 2.
- 42 Dies war eine widersprüchliche aber durchaus zeittypische Kombination. Vgl. A.-S. Ohlander, „det osynliga barnet“?, in: *Misgeld/Molin/Åmark*, *Socialdemokratin samhälle* (Anm. 35), S. 179ff.
- 43 Franzén/Sandstedt, *Grannskap* (Anm. 41), Kap. 7.
- 44 Ebenda, Kap. 9.
- 45 Rudberg, *Uno Åhrén en förgångsman* (Anm. 7), S. 187-196. *Arbetarrörelsens efterkrigsprogram*, Stockholm 1946, S. 95f.
- 46 A.-K. Hatje, *Bostadspolitikens förändrade villkor*, Tekniska högskolan, Stockholm 1978, S. 114.
- 47 Ebenda, S. 44-52; K. Boberg u.a., *Bostad och kapital*, Stockholm 1974, S. 83.
- 48 SOS. *Bostadsräkningen den 1. november 1960*, III. Redogörelse för bostadsräkningens resultat, Tab. 3.6.
- 49 1945 fand die erste landesweite Wohnungszählung statt. SOS. *Bostäder och hushåll 1945*.
- 50 Die Zahl abgerissener Häuser 1945-1960 wird auf 40 000 geschätzt, diese Zahl muß mit dem totalen Rückgang von über 300.000 verglichen werden. B. Johansson/L. Borgnäs, *Bostäder och Boendeförhållanden i Sverige 1945-1960*, Stockholm 1968, S. 71.
- 51 Vgl. Niva, *Bostad, politik och marknad* (Anm. 2), S. 111f.
- 52 *Bostadsräkningen 1960*, III, Tab. 5.1.
- 53 Quelle und Kommentar: SOS. *Bostadsräkningen 1960*, III, Tabelle 4.6: FoB 1980, IV, Tabelle 1. Die Statistik erfaßt zwei verschiedene Typen von Einzimmerwohnungen.
- 54 Niva, *Bostad, politik och marknad* (Anm. 2), Tabelle 9.
- 55 *Bostadsräkningen 1960*, III, S. 68ff.
- 56 Ebenda, S. 54ff.
- 57 Beispiele für den Wohnungshaus bis 1960 gibt E. Rudberg, *Wohnungsbaupolitik und*

- Erfolgsjahre der Sozialdemokratie, in: *Aufbruch und Krise des Funktionalismus. Bauen und Wohnen in Schweden 1930-1980*, Stockholm 1976, S. 110-127.
- 58 B. Sandelin/B. Södersten. Bostadsekonomi och bostadspolitik under efterkrigstiden, in: B. Södersten (Hrsg.). *Svensk ekonomi*, Stockholm 1982, S. 218.
- 59 Soidre-Brink. *Det goda boendet* (Anm. 26), S. 102.
- 60 Niva. *Bostad, politik och marknad* (Anm. 2), Tabelle 7.
- 61 SOU 1965: 32. S. 504ff., 491ff., 497, 263ff.
- 62 Proposition 100/1967. S. 186ff. *Solidarisk bostadspolitik*, SOU 1974: 17, S. 35.
- 63 Franzén/Sandstedt. *Grannskap* (Anm. 41), S. 250ff.
- 64 Proposition 100/1967. S. 186ff. *Solidarisk bostadspolitik*, SOU 1974: 17, S. 35.
- 65 Siehe Proposition 100/1967, 208, samt der für das Millionenprogramm wichtigen Begleituntersuchung byggandets industrialisering, SOU 1971: 52, S. 17ff., 87.
- 66 Niva. *Bostad, politik och marknad* (Anm. 2), Diagramm 4 u. 5.
- 67 A.-L. Hallberg. *Lokala bostadsmarknader med och utan tomma lägenheter*, Bygghörsningen, Stockholm 1975.
- 68 SOS, FoB 1980. *Del V Hushåll*, Tabelle 13.
- 69 Niva. *Bostad, politik och marknad* (Anm. 2), Diagramm 14.
- 70 SOS. *Bostadsbyggandet 1961*, Tab. 27; SOS. *Bostadsbyggandet 1974*, Del 2. *Nybyggnad och rivning*, Tab.II.3.
- 71 SOS. FoB 1980. *Del IV Lägenheter*, Tabelle 2.
- 72 Niva. *Bostad, politik och marknad* (Anm. 2), S. 139 u. Tabelle 9.
- 73 SOS. FoB 1980. *Del IV Lägenheter*, Tabelle 2.
- 74 SOS. FoB 1980. *Del V Hushåll*, Tabelle 13.
- 75 SOS. FoB 1980. *Del V Hushåll*, Tabelle.
- 76 Franzén/Sandstedt. *Grannskap* (Anm. 41), Kap. 1; B. O. H. Johansson, 50 Jahre danach, in: *Aufbruch und Krise des Funktionalismus* (Anm. 57).
- 77 Soidre-Brink. *Det goda boendet* (Anm. 26), Abb. 1.
- 78 Ebenda. S. 97.
- 79 Vgl. Esping-Andersen. *Politics against Markets* (Anm. 2), S. 102-113.
- 80 Niva. *Bostad, politik och marknad* (Anm. 2), Tab. 13.
- 81 B. Danermark. *Boendesegregationens utveckling i Sverige under efterkrigstiden*, Stockholm 1984.
- 82 Als Beispiel, siehe P.-M. Risthämli, Rosengård och den svarta poesin: en studie av modern annorlundahet, Stockholm/Stehag 1994.
- 83 *Solidarisk bostadspolitik*. SOU 1974: 17, S. 69ff.
- 84 Olsson. *Social policy* (Anm. 3), S. 139f.
- 85 Niva. *Bostad, politik och marknad* (Anm. 2), S. 27ff.
- 86 Vgl. L. Lundqvist/I. Elander/B. Danermark. *Housing policy in Sweden. Still a success story?*, in: *International Journal of Urban and Regional Research* 14 (1990), besonders S. 446ff., 452f., 455ff., 461ff.
- 87 Siehe Harloe. *The People's Home?* (Anm. 3), S. 539ff.